

Kurt Bauer

Der Februar Aufstand

Fakten
und
Mythen

1934





Kurt Bauer

DER FEBRUARAUFTAND 1934

Fakten und Mythen

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR



Gefördert von der Kulturabteilung der Stadt Wien, Wissenschafts- und Forschungsförderung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Kölblgasse 8–10, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:
Februar 1934. Artillerieeinschläge im Blauen Bogen des Karl-Marx-Hofes
(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes).

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektorat: Constanze Lehmann, Berlin
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-23231-5

Inhalt

Vorbemerkungen	7
Der Weg in den Februar	9
Misstrauen, Hass, latenter Bürgerkrieg	9
Dollfuß und die Sozialdemokraten	15
Zuspitzung	19
Sonntag, 11. Februar	25
Der Aufstand	31
Montag, 12. Februar	31
Dienstag, 13. Februar	47
Zusammenbruch	55
Danach	64
Die Opfer	71
Zur Problematik der Opferzahlen	71
Anzahl und Verteilung der Februaropfer	74
Umstände und Ursachen des Todes der Februaropfer	80
Sozialstrukturelle Aspekte	85
Besondere Fälle	91
Die Morde von Steyr	91
Die Morde von Holzleithen	93
Der Doppelmord von Floridsdorf	96
Der Mord von Graz	98
Das Massaker an den Schlängerhof-Gefangenen	99
Zusammenstöße, Übergriffe, Exzesse	101
Mythen, Legenden, offene Fragen	109
Politische Mythen der Zwischenkriegszeit	109
Wurde der Aufstand vom Dollfuß-Regime provoziert?	110
»Bürgerkrieg«	113
Das Verhalten der Führer	115

»Kanonen auf Arbeiterhäuser«	120
»Wohnbauten als Bürgerkriegsfestungen«	123
Wollte Dollfuß Giftgas gegen die Aufständischen einsetzen?	125
Steckten die Nationalsozialisten hinter dem »Putsch« der Sozialdemokraten?	128
Schlüsse	131
Anhang	139
Die Todesopfer des Februarauftandes	139
Anmerkungen	186
Literatur und gedruckte Quellen	198
Quellen und Archive	208
Bildnachweis	210
Abkürzungen	210
Danksagung	212
Namensregister	213
Ortsregister	215

Vorbemerkungen

85 Jahre sind zum Zeitpunkt des Erscheinen dieses Buches seit dem sozialdemokratischen Aufstand vom 12. Februar 1934 vergangen. Eine lange Zeit, sollte man denken, lange genug, um gemäß der Maxime des alten Tacitus »ohne Zorn und Eifer« darüber reden zu können. Lange genug, um nicht alte ideologische Schlachten wieder und wieder ausfechten zu müssen, lange genug, um endlich Fakten von Mythen zu trennen.

Und genau das ist die eine Intention dieses Buches. In den Jahren 2012 bis 2014 führte ich mit Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich ein aufwendiges Forschungsprojekt durch, in dem es darum ging, die Frage nach der Anzahl und Verteilung der Todesopfer des Februarauftandes 1934 zu klären. Denn dies war bei aller Omnipräsenz des Themas zu bestimmten runden Jahrestagen selbst achtzig Jahre danach interessanterweise immer noch eine der ungelösten Fragen der Geschichte der Ersten Republik. Die in der Literatur zu findenden Zahlenangaben der Todesopfer des Februar 1934 schwanken enorm: zwischen einigen Hundert und einigen Tausend. Indem ich jedem einzelnen Opfer und seinem Schicksal nachspürte, lernte ich mehr über diesen Aufstand, seine Wirklichkeit und seinen Verlauf, als ich je für möglich gehalten hätte.

Die Forschungsergebnisse wurden 2014/15 in Form einer von vielen Medien übernommenen APA-Meldung, in einem Gastkommentar in der Tageszeitung *Der Standard*, in TV- und Radiosendungen sowie beim Österreichischen Historikertag in Linz und bei anderen Fachveranstaltungen präsentiert und kontrovers und erstaunlich emotional diskutiert. Ein auf meiner persönlichen Website in Form einer PDF-Datei veröffentlichtes vorläufiges Papier wurde häufig aufgerufen und in Medien und der Literatur zitiert. So schien es mir an der Zeit, die Ergebnisse des Projektes endlich in Form eines Buches zur Verfügung zu stellen.

Und die andere Intention? Das ist die schlichte Lust am historischen Erzählen, zu der das Wissen kommt, dass genau ein solches Buch fehlt – eine kompakte wissenschaftliche Monographie, die den Aufstand, seine Vorgeschichte, seinen Verlauf und die wichtigsten Forschungsfragen zu diesem zentralen Ereignis der Geschichte der österreichischen Republik konzis, nüchtern und ohne parteipolitische, ideologische Verbrämung darzustellen versucht.

* * *

Viele Menschen haben mich bei der Arbeit an meinem Forschungsprojekt und am Buch unterstützt. Sie alle werden im Anhang auf S. 212 namentlich genannt. Ganz besonders und vor allen anderen möchte ich an dieser Stelle meiner geliebten Beate danken, danken für alles, für Liebe, Unterstützung, Aufmunterung, Trost. Dank auch an unsere beiden afghanischen Söhne Morteza und Norik, die vor ein paar Jahren in unser Leben getreten sind. Sie haben mich gelehrt, den engen Blickwinkel eines österreichischen Historikers zu erweitern und die Welt mit anderen Augen zu sehen.

* * *

Dieses Buch widme ich dem ungelebten Leben von Arnulf Hanzl, geboren am 25. Dezember 1927, erschossen am 13. Februar 1934 in der Küche der elterlichen Wohnung in Wien-Floridsdorf.

Der Weg in den Februar

Misstrauen, Hass, latenter Bürgerkrieg

Am 31. Oktober und 1. November 1918 tagte in Wien der sozialdemokratische Parteitag. Otto Bauer, der kommende Mann in der Partei, hielt das Grundsatzreferat. Er leitete es mit dramatischen, aber angemessenen Worten ein: »Wir stehen mitten in einer Revolution.« Bauer analysierte die aktuelle Lage und sprach sich für den Anschluss der deutschösterreichischen Gebiete an ein demokratisches, republikanisches Deutschland aus. Zuerst gehe es nun darum, auf den Trümmern des alten Österreich Nationalstaaten zu errichten, dann gelte es, die volle Demokratie in diesen Staaten zu erkämpfen. Sei diese errungen, so wäre der folgende Schritt zum Sozialismus selbstverständlich. Denn Demokratie, die die ganze Volkswirtschaft beherrsche, schlage »von selbst zum Sozialismus um«. Der Parteitag ermächtigte die sozialdemokratischen Abgeordneten, so lange am Aufbau des deutschösterreichischen Staates mitzuwirken, als dies zur Sicherung der demokratischen Errungenschaften notwendig erscheine.

Das hieß – zumindest in der Lesart des christlichsozialen und deutschnationalen Lagers –, dass die Sozialdemokraten sich nicht allzu lange mit einer Beteiligung an der Regierung und am mühsamen, schmutzigen politischen Tagesgeschäft aufhalten, sondern die Erringung der Mehrheit und den anschließenden Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft lieber bequem aus der Opposition heraus betreiben wollten.¹

Bereits in diesem Vorgang ist der Grundkonflikt angelegt, der die gesamte Erste Republik beherrschen sollte. Die dezidiert linke, marxistische Rhetorik der Sozialdemokratie, ihr starker linker Flügel, bewahrte Österreich in der Zeit des Umbruchs und den Folgejahren vor dem Entstehen einer nennenswerten Kommunistischen Partei, vor bürgerkriegsartigen Kämpfen wie in der Weimarer Republik, vor einer Spaltung der Arbeiterbewegung. Auf die bürgerlichen Parteien wirkte die demonstrativ zur Schau gestellte Klassenkampf-Attitüde, der fatale Glaube an den geschichtsnotwendigen Niedergang des Kapitalismus und der Bourgeoisie – kurzum, alles, was der Politikwissenschaftler Norbert Leser später treffend als »Politik der radikalen Phrase«² charakterisieren sollte – überaus bedrohlich.

Denn das durch die Niederlage im Krieg und die Inflation schwer getroffene und von Deklassierungsängsten gequälte kleinbürgerlich-bürgerliche Europa der 1920er- und 1930er-Jahre war von einer übermächtigen Angst beherrscht: dass sich das, was 1917 und in den Folgejahren in Russland geschehen war, auch im eigenen Land wiederholen könnte. Was hatte Demokratie schon zu bedeuten, wenn sie von einer Partei ohnehin nur als Durchgangsstation auf dem Weg zum Sozialismus angesehen wurde? Und was Sozialismus hieß, das hatte man doch zur Genüge in Russland gesehen. Gut, die Sozialdemokraten wollten die Macht auf demokratischem Weg durch Wahlen erringen. Aber war es sicher, dass sie die Macht im Fall einer Wahlniederlage auch wieder abgeben würden? Würde es überhaupt noch zu Wahlen unter Beteiligung bürgerlicher Parteien kommen? Die radikalmarxistische Rhetorik von sozialdemokratischen Führern wie Otto Bauer ließ daran berechtigte Zweifel auftreten. »Wer die proletarische Diktatur nach russischem Muster für eine zulässige und verteidigungswürdige Art der sozialistischen Erfüllung hält«, hieß es bei den Christlichsozialen, »ist durch einen tiefen und breiten Abgrund von allen anderen Parteien geschieden.³

Da war es nur folgerichtig, dass beiden Seiten gegen den inneren Feind rüsteten, so wie es übrigens in der Zwischenkriegszeit in vielen Ländern Europas geschah. – Zu Kriegsende 1918 bildeten sich auf lokaler Ebene vorerst unpolitische Selbstschutzgruppen gegen unkontrolliert von den Fronten rückflutende, marodierende Soldaten. Mit der Zusammenfassung dieser Gruppen zu größeren Einheiten und der Unterstützung mit Waffen und Geld aus Deutschland und später Italien veränderten sie ihren Charakter und bekamen zwei neue Hauptstoßrichtungen: zuerst hauptsächlich gegen Gebietsansprüche der Nachbarn, schließlich dann gegen linke, revolutionäre Bestrebungen im eigenen Land. Ideologisch boten die verschiedenen Gruppen ein uneinheitliches Bild. Die meist als Heimwehr, Heimatwehr oder Heimatschutz bezeichneten Wehrverbände waren allesamt strikt antimarxistisch ausgerichtet, in der Regel antisemitisch, manchmal deutschnational-völkisch, manchmal faschistisch (im Sinn einer Nähe zu Mussolini und dem italienischen Faschismus), oft betont katholisch und hin und wieder monarchistisch. Ein umstrittener »Führer« kristallisierte sich in all den Jahren nicht heraus. Am bekanntesten ist zweifellos der junge oberösterreichische Hochadelige Ernst Rüdiger Starhemberg. Er verfügte zeitweilig über einen guten Draht zu Mussolini und gewann so beträchtlichen Einfluss auf die österreichische Politik. Richard Steidle, ein Tiroler Rechtsanwalt, war als christlichsozialer Abgeordneter dem italienisch-faschistischen Flügel zuzurechnen, während man den steirischen Rechtsanwalt Walter Pfrimer samt dem von ihm geführten mächtigen Steirischen Heimat-

schutz ohne Weiteres als pränazistisch bezeichnen kann. Major Emil Fey, als Führer der Wiener Heimwehr und Sicherheitsminister der Dollfuß-Regierung, spielte in den Jahren 1932 bis 1934 eine wichtige Rolle.⁴

Die Wurzeln des sozialdemokratischen Wehrverbandes reichen bis in die 1890er-Jahre zurück. Seit damals verfügte die Sozialdemokratische Partei über Ordnertruppen, deren Aufgabe es war, den reibungslosen Ablauf von Veranstaltungen, Aufmärschen, Demonstrationen etc. zu gewährleisten. Ein zweiter Wurzelstrang führt in die Anfangsjahre der Republik. Ähnlich den ländlichen Selbstschutzgruppen hatten sich 1918/19 in Industrieregionen Arbeiter- und Fabrikswehren gebildet. Als nun mit dem Regierungsausstieg Mitte 1920 der sozialdemokratische Einfluss auf die Sicherheitsorgane und das Heer verloren ging, kam in der Partei die Idee auf, durch die Gründung eines eigenen Wehrverbandes Kompensation zu schaffen. Im Februar 1923 wurde als Gegengewicht gegen die sich formierenden rechten Verbände der Republikanische Schutzbund gegründet. Gründer und Leitfigur war der frühere Staatssekretär für Heerwesen Julius Deutsch. Als Stabschef fungierte Hauptmann Alexander Eifler. Eine führende Funktion hatte auch der ehemalige Generalstabschef der Isonzo-Armee General Theodor Körner inne. Er schied allerdings nach einem Konflikt mit Eifler über die strategische Ausrichtung des Schutzbundes aus.⁵

Gegenüber dem schwachen, unterfinanzierten Heer und den Sicherheitsorganen von Gendarmerie und Polizei verfügten die paramilitärischen Verbände auf der Rechten und Linken über ein Vielfaches an Waffen, Ausrüstung und Personal. Die Stärke des Republikanischen Schutzbundes lag Mitte der 1920er-Jahre bei rund 95.000 Mann. Für die Heimwehren wird sie sogar mit rund 110.000 Mann beziffert. Gerade deren tatsächliche Schlagkraft war aber aufgrund ihrer organisatorischen Heterogenität und unterschiedlichen Bewaffnung als eher gering einzuschätzen.⁶

Das Machtmittel und Drohpotential, das die paramilitärischen Verbände darstellten, wurde dafür eingesetzt, um dem Gegner bei Aufmärschen, Paraden, Übungen die eigene Stärke und Kampfbereitschaft zu demonstrieren und die »Herrschaft über die Straße« zu erringen. Die Folge davon: regelmäßig bewaffnete und unbewaffnete Zusammenstöße, Schlägereien, Übergriffe etc. Immer wieder gab es Tote.⁷

Anfang November 1926 beschloss die SDAP beim Parteitag in Linz ein neues Parteiprogramm mit stark klassenkämpferischem Unterton. Parteiführer Otto Bauer verstieß sich dabei zu einer unglücklich formulierten, missverständlichen Androhung des Bürgerkrieges und der Errichtung einer Diktatur des Proletariats im Falle einer »Gegenrevolution der Bourgeoisie«. Damit lieferte er dem politischen Gegner ein unvergleichliches »Totschlagargument«, wie Ernst Ha-

nisch es nennt. Es lautete: »Die Roten wollen die Diktatur.« Das Trauma einer drohenden Bolschewisierung mobilisierte das bürgerliche Lager. Der Zustrom zu den Heimwehren nahm zu.⁸

1927 wurde zu einem Schlüssel- und Unglücksjahr der Geschichte der Ersten Republik. Im burgenländischen Schattendorf kam es am 30. Jänner – wieder einmal – zu einem politischen motivierten Zusammenstoß. Angehörige der rechtsgerichteten Frontkämpfervereinigung feuerten aus einem Gasthaus in eine davor versammelte Menge von Schutzbündlern, politischen Gegnern und Neugierigen. Zwei Menschen starben. Mitte Juli wurden die Täter im Schwurgerichtsverfahren am Wiener Landesgericht freigesprochen. Daraufhin fanden am nächsten Morgen, dem 15. Juli 1927, spontane Demonstrationen von empörten Arbeitern und Anhängern der Sozialdemokratie vor dem Parlament statt. Die von der Ringstraße durch berittene Polizei abgedrängten Demonstranten stürmten den hinter dem Parlament liegenden Justizpalast und setzten ihn in Brand. Die Wiener Sicherheitswache wusste sich schließlich nur noch durch scharfe Schüsse zu helfen. 85 Demonstranten starben im Kugelhagel. Auch vier Polizisten fielen den Ausschreitungen zum Opfer.⁹

Nach dieser Katastrophe kippten die Verhältnisse. Die Heimwehrbewegung legte rasch an Stärke zu, die Sozialdemokratie und mit ihr der Republikanische Schutzbund geriet zunehmend in die Defensive. Die Jahre 1928/29 waren durch eine Unzahl von Aufmärschen und Gegenaufmärschen der Parteiarmeen in allen Teilen des Landes gekennzeichnet. Die Heimwehrführer drohten offen mit dem »Marsch auf Wien« nach Mussolinis Vorbild. Aber der Heimwehrputsch fand schließlich doch nicht statt. Ende 1929 einigten sich die politischen Lager auf eine Verfassungsreform. Damit war die Gefahr einer drohenden Rechtsdiktatur abgewendet. Vorläufig.

Eine Krise erfasste die Heimwehrbewegung. Daran konnte auch der antidemokratische, semifaschistische »Korneuburger Eid« vom Mai 1930 nichts ändern. Bei der Nationalratswahl vom November 1930 nahm der »Heimatblock« als politischer Arm der Heimwehrbewegung teil und errang rund 227.000 Stimmen (6,2 Prozent). Das war nicht schlecht, aber vermutlich doch weniger, als Führer und Förderer erwartet hatten. Jedenfalls sollten die erreichten acht Mandate den Heimatblock in der im Mai 1932 gebildeten Regierung Dollfuß zum Zünglein an der Waage machen.

Der klägliche Putschversuch des von Walter Pfrimer geführten Steirischen Heimatschutzes im September 1931 ist im historischen Langzeitgedächtnis trotz dreier Todesopfer als »Operettenputsch« haften geblieben. Er machte die Schwäche der Heimwehrbewegung offensichtlich. Dafür erstarkten – im Gefolge des unerhörten Aufschwunges, den Hitler und die NSDAP im Deutschen



Aufmarsch des Republikanischen Schutzbundes in Eisenstadt, 10. Juli 1932.

Reich erlebte – die Nationalsozialisten. In den Jahren 1932/33 spielten sich die gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen – gerade in Wien – in erster Linie zwischen der nationalsozialistischen SA und dem sozialdemokratischen Schutzbund ab.¹⁰

Ein ständiger Konfliktpunkt zwischen den herrschenden Koalitionsregierungen aus Christlichsozialen und Deutschnationalen (»Bürgerblock«) und der sozialdemokratischen Opposition war die Frage der Bewaffnung. Die Waffen stammte zumeist aus den Beständen der alten Armee. In den Umbruchtagen 1918/19 hatten Sozialdemokraten und Christlichsoziale sie oft gemeinsam vor dem Zugriff der Entente verborgen. Das wichtigste und größte Waffenlager befand sich im unübersichtlichen Gebäudekomplex des Wiener Arsenals. Beide Großparteien wussten davon, aber nur den Sozialdemokraten – und damit dem Schutzbund – war der genaue Standort bekannt. Als Anfang März 1927 ein Überläufer den Standort verriet, gelang es der Regierung, das Lager auszuheben. Insgesamt wurden dabei nicht weniger als 665 Maschinengewehre und 21.465 Infanteriegewehre sowie weitere Waffen und Ausrüstung beschlagnahmt. In den nächsten Jahren sollten noch viele ähnliche heftig umstrittene Suchaktionen nach Waffen folgen. Großes Aufsehen erregte eine Waffensuche im Ottakringer Arbeiterheim im Jänner 1932. Die Polizei erbeutete da-

bei 800 Militärgewehre, acht Maschinengewehre und weiteres Kriegsmaterial. Die Sozialdemokraten kritisierten vor allem die aufreizende Einseitigkeit der Exekutive, die sich ausschließlich auf die Bestände des Schutzbundes konzentrierte, aber die Heimwehren verschonte. Regelmäßig vorgebrachte sozialdemokratische Vorschläge für eine allgemeine »innere Abrüstung« stießen durchwegs auf Misstrauen und Ablehnung bei den bürgerlichen Regierungen und Heimwehren.¹¹

Im Mai 1931 brach Österreichs größte Bank, die Creditanstalt, zusammen. Österreichs Volkswirtschaft stand am Abgrund. Die Sozialdemokraten verhielten sich in dieser Situation durchaus staatstragend und stimmten bei den meisten der schmerzhaften, aber notwendigen Sanierungsmaßnahmen mit der Regierung. Schließlich demissionierte die Regierung Ender. Obschon gesundheitlich schwer angeschlagen, erhielt Prälat Ignaz Seipel, die umstrittene Führungsfigur der Christlichsozialen, den Regierungsauftrag. Dieser dachte angesichts der Lage an die Bildung einer Konzentrationsregierung auf knapp bemessene Zeit.

Im Detail muss uns Seipels Koalitionsangebot an die Sozialdemokraten hier nicht interessieren. Es war offensichtlich ernst gemeint, klug kalkuliert, bot wenig Verhandlungsspielraum. Der SDAP-Parteivorstand lehnte den christlichsozialen Vorschlag einstimmig ab. Das war taktisch geschickt, strategisch aber verheerend. In einer Zeit des Staatsnotstandes hatten sich die Sozialdemokraten vor der Übernahme von Verantwortung gedrückt, um in den Augen ihrer Mitglieder, Anhänger und Wähler keinen Schaden zu erleiden. In Wahrheit führte dieses Verhalten nur dazu, die antidebakratischen Kräfte der Rechten weiter zu stärken. Es gilt, was Bruno Kreisky – damals ein engagierter Jungsozialist – darüber in seinen Erinnerungen schrieb: »Hätte man innerhalb des sozialdemokratischen Parteivorstandes den Mut gehabt, auf das sehr nuancierte Angebot Seipels einzugehen, wäre manches sicherlich anders gekommen. Meiner Meinung nach war das die letzte Chance zur Rettung der österreichischen Demokratie. Hätte man damals ja gesagt, dann hätte man uns nicht nachsagen können, wir seien unversöhnlich und zu keiner Zusammenarbeit bereit. Ganz gewiss aber wäre es nicht zum 12. Februar 1934 gekommen.«¹²

Auf die Regierung Ender folgten schließlich nicht Seipel, sondern zwei von Karl Buresch, dem ehemaligen niederösterreichischen Landeshauptmann, geführte Kabinette. Als auch Buresch nicht mehr weiterwusste, kam nach langwierigen Verhandlungen ein neuer Mann ans Ruder.

Dollfuß und die Sozialdemokraten

Bei der Ernennung zum Bundeskanzler am 20. Mai 1932 galt Engelbert Dollfuß den Sozialdemokraten als durchaus verständiger politischer Partner, als aufrechter Demokrat, als einer, mit dem man reden und Kompromisse finden konnte.¹³ Die Christlichsozialen dachten sich den Landwirtschaftsexperten als Übergangslösung in einer verfahrenen Situation, als jemand, der interimsmäßig die laufenden Geschäfte besorgen sollte, so gut es eben ging.

Erstaunlicherweise war es ausgerechnet der unterschätzte Dollfuß, der mit großer Hartnäckigkeit und der parlamentarischen Mehrheit von einer stets unsicheren Stimme gegen den Willen der Sozialdemokraten durchdrückte, was andere längst aufgegeben hätten – die Aufnahme einer dringend notwendigen neuerlichen Anleihe des Völkerbundes (»Lausanner Anleihe«), die nach dem CA-Debakel unumgänglich geworden war. Dazu kam: Nicht nur die Nationalsozialisten, auch die Sozialdemokraten drängten in dieser Periode, weil sie sich eine Abwahl der christlichsozialen Regierung erhofften, auf Neuwahlen – und das zu einem Zeitpunkt, als das von einer verheerenden Wirtschaftskrise geschüttelte Deutsche Reich von einem Wahlkampf zum anderen taumelte und Hitler deutlich vernehmbar an die Tore der Macht kloppte. Dollfuß geriet mit seinen beiden ohnehin problematischen Koalitionspartnern – dem deutsch-nationalen Landbund und dem faschistischen Heimatblock – in eine Situation, in der nur noch ein Einbetonieren in starren ideologischen Positionen möglich war.

Bei Dollfuß setzten sich zunehmend antiparlamentarische Instinkte durch. Ähnlich wie in Deutschland, wo seit 1930 Präsidialkabinette regierten, suchte er einen Weg, um ohne Parlament Gesetze und Verordnungen erlassen zu können. Das Notverordnungsrecht des österreichischen Bundespräsidenten war dafür nicht geeignet, umso mehr aber das in den Rechtsbestand der Republik übernommene Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917. Im Oktober 1932 startete die Regierung Dollfuß mit einer auf dieser dubiosen Rechtsgrundlage basierenden Verordnung einen ersten Versuchsballon, was auf heftigen Widerstand der Sozialdemokraten stieß. Weitere Versuche in diese Richtung gab es vorläufig nicht.

Am 4. März 1933 traten im Zuge einer heftigen Debatte alle drei Nationalratspräsidenten zurück. Die Sitzung konnte nicht ordnungsgemäß geschlossen werden. Es handelte sich um eine Geschäftsordnungskrise, die bei gutem Willen aller Beteiligten leicht zu lösen gewesen wäre. Dieser Wille war bei Dollfuß nicht mehr vorhanden. Spätabends am 7. März kam es zum Verfassungsbruch. Die Regierung erließ auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungs-

gesetzes ein Versammlungs- und Aufmarschverbot und führte per Erlass die Vorzensur der Presse ein.

Am 10. März 1933 bekundete ein heftig akklamierter Otto Bauer auf einer Vertrauensmännertagung der SDAP Verständigungsbereitschaft und zugleich Kampfentschlossenheit. Am 15. März sollte der Nationalrat wieder in Schwung gebracht werden – was von der Regierung verhindert wurde. Die Sozialdemokratie schreckte trotzdem davor zurück, den vorher getroffenen Beschluss zum Generalstreik und für Kampfmaßnahmen umzusetzen.

Damit war ein Muster geprägt, das die sozialdemokratische Führung in den folgenden Monaten bis zum Februar 1934 beibehalten sollte. Auf der einen Seite signalisierte man Verständigungsbereitschaft, auf der anderen Seite den Willen zum Widerstand und Kampf bis zum äußersten. Es war ein ständiges Entweder – Oder. Otto Bauer zeigte sich in der politischen Ausnahmesituation, in die das Land und die von ihm geführte Partei geraten war, im höchsten Grade unentschlossen. Die sozialdemokratische Politik war in ein unlösbares Dilemma geraten. »Wir wussten«, rechtfertigte sich Bauer ein Jahr später im tschechoslowakischen Exil, »wie schwer ein Generalstreik gelingen kann in einer Zeit, in der mehr als ein Drittel der ganzen Arbeiterschaft arbeitslos ist, in der viele Arbeitslose seit drei, vier, fünf Jahren arbeitslos, durch die furchtbarste Not zermürbt und demoralisiert sind, in der jeder Arbeiter, der noch Arbeit hat, um seine Arbeitsstelle zittert.¹⁴

Dollfuß war sich dieser sozialdemokratischen Zwangslage bewusst. Er schränkte das Vereins- und Versammlungsrecht ein, ließ eine aus den regierungstreuen Wehrverbänden zu bildende Hilfspolizei (»Freiwilliges Schutzkorps«) aufstellen, senkte Löhne und Arbeitslosenunterstützungen, ergriff schwerwiegende finanzielle Kampfmaßnahmen gegen das »Rote Wien«, stellte die Presse unter Vorzensur und so weiter. Die Maßnahmen, die das Dollfuß-Regime ab März 1933 ergriff, sind als Nachahmungen von Schritten zu verstehen, die Hitler gleich nach seiner »Machtergreifung« am 30. Jänner 1933 gesetzt hatte. »Die braune Welle«, erläuterte Bundeskanzler Dollfuß seine Strategie, »können wir nur auffangen, wenn wir das, was die Nazi versprechen und in Deutschland getan haben, was ohnehin gemildert wird durch verschiedene Richtungen bei uns, selber machen, nur dann wird es gelingen, einem Großteil der Sozi-Mitglieder beizubringen, dass sie keine Macht mehr haben und werden weggehen von den Sozi.¹⁵

Eine Provokation der Sonderklasse war das österreichweite Verbot des Republikanischen Schutzbundes am 31. März 1933. Der Schutzbund habe »wiederholt die öffentliche Ruhe und Sicherheit gestört«, Gewalttätigkeiten begangen und die Gesetze übertreten, hieß es in der fadenscheinigen Begrün-

Otto Bauer, austromarxistischer
Theoretiker und
führende Persönlichkeit
der österreichischen
Sozialdemokratie.



dung. Die Sozialdemokraten nahmen das Verbot erstaunlich gelassen hin. Sie beantworteten den längst erwarteten Schritt der Regierung nach außen hin selbstbewusst mit Demonstrationen und der Überführung des Schutzbundes in »Ordnerschaften«. Auf mittlere Sicht wirkten sich die Vorgänge freilich verheerend auf die Moral der Schutzbündler aus.¹⁶

Der nächste Affront: Verbot des traditionellen Mai-Aufmarsches. Die Wiener Sozialdemokraten begnügten sich am 1. Mai 1933 damit, an der abgeriegelten Innenstadt massenhaft demonstrativ »spazieren« zu gehen. Tatsächlich defilierten Hunderttausende an den Absperrungen vorbei. Aber als wahrer Sieger ging die Dollfuß-Regierung aus dem Kräftemessen hervor. Sie hatte gezeigt, dass es ihr ohne Weiteres möglich war, mit Maschinengewehren und Bajonetten Tatsachen zu schaffen.

Dollfuß machte sich die sozialdemokratische Ratlosigkeit mit machiavellistischer Skrupellosigkeit zunutze. Den Annäherungsversuchen der Sozialdemokraten gegenüber zeigte er sich spröde, wies diese aber nie brusk zurück, sondern tat alles, um sie mit vagen Versprechungen hinzuhalten, während er zugleich weitere, die Situation stets eine Spur verschärfende Schritte setzte. »Die Sozi haben sich alles gefallen lassen, wie sie sich sagen, es sind noch immer nicht die Nazi«, bekundete er in einer Sitzung des christlichsozialen Klubvor-

standes vom 3. Mai 1933. Manche würden ihn zu schärferen, rascheren Maßnahmen drängen. »Aber nichts geht den Sozi mehr auf die Nerven als diese gewisse langsame Taktik. Alles auf einmal bringt die Leute zum Kampf.«¹⁷

Die sozialdemokratische Parteiführung ging so weit, unter bestimmten Bedingungen ihre Zustimmung zu einer Verfassungsreform und zu einem Präsidialregime mit weitgehenden wirtschaftlichen Vollmachten zu signalisieren.¹⁸ Es half nichts. Dollfuß verweigerte standhaft ernsthafte Gespräche und verstand es meisterhaft, die sozialdemokratischen Anhänger zu demoralisieren. »Namenlose Enttäuschung, Verzweiflung bei vielen Jungen, Misstrauen bei anderen und beginnende Demoralisierung« habe sich breitgemacht, schreibt der Journalist und linke Sozialdemokrat Otto Leichter über die Situation nach dem März 1933.¹⁹ Zwischen März und Dezember 1933 schied rund ein Drittel der Mitglieder aus der Sozialdemokratischen Partei aus. Viele verließen die Partei, weil sie aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und des Elends resignierten. Andere fürchteten, wegen ihrer SDAP-Mitgliedschaft ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Radikale und Jungsozialisten liefen aus Unzufriedenheit mit der unentschlossenen, nachgiebigen Haltung der Parteiführung scharenweise zu den Kommunisten über, andere schlossen sich den Nationalsozialisten an.²⁰

Den Sozialdemokraten gegenüber war Dollfuß ab März 1933 eindeutig die treibende Kraft. Anders ausgedrückt: Er trieb sie vor sich her. Aber Dollfuß war selbst ebenfalls ein Getriebener. Einerseits suchte – und fand – er Rückhalt bei Italiens »Duce« Benito Mussolini, begab sich damit aber in immer größer werdende Abhängigkeit von diesem. Nie gewann die von Mussolini protegierte faschistische Heimwehrbewegung mehr Einfluss auf die österreichische Politik als 1933/34. Auch mit Hitler wäre Dollfuß gerne ins Geschäft gekommen. Dem ungarischen Außenminister Kánya erklärte er gegen Ende März 1933 unumwunden, dass es sein wichtigstes Ziel sei, die Sozialdemokraten in die Knie zu zwingen. Da er nicht auf die Dauer an zwei Fronten kämpfen könne, würde er schließlich wohl einen Ausgleich mit den Nationalsozialisten suchen.²¹

Dazu kam es nicht. Geheimverhandlungen mit den österreichischen Nationalsozialisten, geführt von Hitlers »Landesinspekteur« Theodor Habicht, scheiterten im Mai 1933.²² Es folgten die »Tausendmarksperre« (deutsche Boykottaktion gegen Österreichs Fremdenverkehr), eine erste große Terrorwelle, die am 19. Juni 1933 zum Verbot der NSDAP führte, danach die nationalsozialistische Illegalität und fortgesetzter NS-Terror bei fortgesetzten geheimen Ausgleichsbemühungen bis zum Juli 1934. Wer das zum Februarauftand führende Wechselspiel zwischen dem Dollfuß-Regime und der Sozialdemokratie verstehen will, wird diese Vorgänge immer mitdenken müssen.

Die Sozialdemokraten hatten international nur schwachen Rückhalt und Dollfuß stand von rechts so sehr unter Druck, dass Konzessionen an die Linken – oder gar ein Umschwenken in diese Richtung – eigentlich undenkbar waren. Der Kanzler befand sich in einer Zwangslage, wie der britische Ge-sandte Eric Phipps hellsichtig erkannte. Jedes Entgegenkommen gegenüber den verhassten Marxisten hätte Dollfuß' raschen Sturz zur Folge, berichtete er Ende Juni 1933 nach London. Seine Partei würde sich in einem solchen Fall spalten und Mussolinis Unterstützung ginge sofort verloren.²³

Zuspitzung

Am Beginn seiner Kanzlerschaft hatte sich Dollfuß dem italienischen Diktator Mussolini gegenüber eher reserviert verhalten. Zum ersten Mal waren die beiden einander im November 1932 anlässlich eines Jagdaufenthaltes in Ungarn begegnet. Ein informelles Treffen. Ihr bekannt enges Verhältnis entwickelte sich erst, nachdem Dollfuß den autoritären Kurs eingeschlagen hatte. Zu Ostern 1933 war er in Rom, um sich Mussolinis Rückendeckung zu sichern, ein zweites Mal zu Pfingsten. Als Preis für seine Unterstützung gegen den Nationalsozialismus verlangte der »Duce« mit steigender Vehemenz die Ausschaltung der Sozialdemokratie und Reformen »in einem entschieden faschistischen Sinn«.

Entscheidende Bedeutung kommt dem Mussolini-Dollfuß-Treffen vom 19. und 20. August 1933 im Badeort Riccione an der oberen Adria zu. »Wir haben Herrn Dollfuß eine kleine Injektion verpasst«, berichtete Unterstaatssekretär Suvich nach Abschluss des Treffens den ungarischen Verbündeten. Die Injektion bestand in einem gepfefferten Forderungskatalog. Dollfuß solle die angekündigte Verfassungsreform (»auf faschistischer Basis«) im September fertigstellen, die Minister des Landbundes gegen Vertreter der Heimwehr tauschen, seiner Regierung insgesamt einen »betont diktatorialen Charakter« verleihen und in Wien einen Regierungskommissär anstelle der sozialdemokratischen Stadtregierung einsetzen. Öffentlich zu verkünden habe der Kanzler all dies im Rahmen einer großen programmativen Rede.²⁴

In der ersten Septemberhälfte 1933 fand in Wien der Allgemeine Deutsche Katholikentag statt. Anlass: der 250. Jahrestag der Befreiung Wiens von den Türken. In diesem Rahmen veranstaltete die von Dollfuß geschaffene Einheitsbewegung »Vaterländische Front« am 11. September auf dem Wiener Trabrennplatz ihre erste Massenveranstaltung. »Frontführer« Dollfuß hielt die gewünschte Rede und verkündete die Schaffung eines »sozialen, christlichen,



Bundeskanzler Dollfuß bei seiner großen programmatischen Rede am Wiener Trabrennplatz, 11. September 1933.

deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung²⁵. Zehn Tage später erfüllte Dollfuß eine weitere Mussolini-Forderung: Er warf die Vertreter des Landbundes aus der Regierung. Hinsichtlich einer neuen Verfassung und der Ausschaltung der Sozialdemokratie wollte Dollfuß allerdings nichts überstürzen. Mussolini ließ er mitteilen, er marschiere rasch, liebe es aber nicht, »wenn ihn dabei Freunde von rückwärts stoßen«, weil das den Marsch störe.²⁶

Am 17. September tagten die Vorstände der SDAP und der Freien Gewerkschaften gemeinsam und beschlossen, unter welchen Umständen man sich bewaffnet zur Wehr setzen würde: erstens bei der Einsetzung eines Regierungskommissärs anstelle des gewählten Bürgermeisters in Wien, zweitens bei der Auflösung der Freien Gewerkschaften, drittens bei einem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und viertens bei Oktroyierung einer faschistischen Verfassung.²⁷

Ansonsten warb man weiter unermüdlich und unter immer größerer Selbstverleugnung um eine schwarz-rote Kooperation. Es ist aber ungewiss, ob die sozialdemokratische Führung das volle Ausmaß der fast ausweglosen Zwangslage durchschaute, in die sich Dollfuß zwischen Mussolini und Hitler hineinmanövriert hatte.

Das Dilemma, in dem die Sozialdemokraten selbst steckten, offenbarte sich einmal mehr auf ihrem Mitte Oktober 1933 im Favoritner Arbeiterheim abgehaltenen Parteitag. Erstens strich man die alte Forderung nach einem Anschluss an Deutschland aus dem Programm. Dann bekraftigte man, für die Unabhängigkeit eines demokratischen Österreich eintreten zu wollen, betonte aber, dass nur ein freies, nicht-faschistisches Österreich wirksam für seine Unabhängigkeit kämpfen könne und bestätigte die am 17. September beschlossenen vier Punkte. Die zur Aktion drängende, bereits mit der KPÖ liebäugelnde Linksopposition mahnte Otto Bauer, nicht leichtfertig von »Endkampf« zu sprechen. »Ein solcher Kampf um Tod und Leben, bei dem es nicht nur um das Leben von Tausenden Menschen, sondern um die Existenz der österreichischen Arbeiterbewegung überhaupt für viele Jahre geht, kann nur gewagt werden, wenn große Ereignisse die Leidenschaften des Volkes, den Zorn des Volkes, die Wut des Volkes weit über die Reihen der politisch interessierten Minderheit hinaus derart aufwühlen, dass dieser Zorn der Millionen eben stärker ist als die Bajonette von zwanzigtausend oder dreißigtausend Mann, die man uns entgegenstellen kann.«

Zum Abschluss des Parteitages konnte die Linke mit einer gemeinsamen Resolution ideologisch noch einmal ins Boot geholt werden – theoretisch, nicht praktisch.²⁸

Ab November 1933 kamen von Dollfuß immer wieder versöhnliche Töne, die vage gehalten an die »breiten Arbeitermassen« und an »ehrliche Arbeitervertreter« gerichtet waren, aber keineswegs an die Sozialdemokratie direkt. Der Kanzler war erkennbar um die Arbeiter, nicht aber um die Arbeiterpartei bemüht. Zu dieser Zeit unternahm Karl Renner, der ehemalige sozialdemokratische Staatskanzler und Nationalratspräsident, einen Vorstoß in Richtung Verständigung. Er entwarf ein »Staatsnotgesetz«, das Dollfuß unter einer gewissen parlamentarischen Kontrolle weitgehende Vollmachten für einen Notverordnungskurs eingeräumt hätte – und blieb damit ohne Resonanz auf der Gegenseite. Ähnlich erging es Otto Bauer mit einer Artikelreihe, die gegen Jahresende in der *Arbeiter-Zeitung* erschien. Der Paradeintellektuelle des Austromarxismus ging so weit, sich sogar dem Gedanken der berufsständischen Organisation anzunähern. Erfolglos, folgenlos.

Als »Stoßtrupp« aller sozialdemokratischen Verständigungsbemühungen agierte eine Gruppe von niederösterreichischen Politikern rund um Landeshauptmann-Stellvertreter Oskar Helmer und Landesrat Heinrich Schneidmadl. Sie gehörten dem rechten Parteiflügel an und pflegten das konsensuale Politikklima, das im Land Niederösterreich seit jeher geherrscht hatte. Letztlich stießen aber auch Helmer und Schneidmadl bei ihren verschiedenen Vor-

stößen auf Bundes- und Landesebene auf taube Ohren. Außer hinhaltenden, abwiegelnden Reaktionen wurde ihnen nichts geboten, schon gar nicht ein persönliches Gespräch mit Kanzler Dollfuß.

In der Führung der Sozialdemokratischen Partei, die um eine Verständigung geradezu gebettelt hatte, setzte sich im Laufe des Jänner 1934 mehr und mehr die schmerzliche Gewissheit durch, sich tatsächlich auf einen »Endkampf« vorbereiten zu müssen.²⁹

Vom 18. bis 20. Jänner 1934 weilte Italiens Unterstaatssekretär des Äußeren Suvich zu Besuch in Wien. Unzufrieden und misstrauisch wegen einer – im Übrigen erfolglos verlaufenen – Berlin-Reise Suvichs im Dezember 1933 hatte die österreichische Regierung auf eine derartige diplomatische Geste gedrängt. Am Höhepunkt einer intensiven Terrorwelle der Nationalsozialisten, die zu Jahresbeginn 1934 eingesetzt hatte, sollte damit Österreich der Rücken gegen Hitler gestärkt werden. Das war die eine Seite dieses Besuchs. Auf der anderen Seite überbrachte Suvich eine deutliche Botschaft Mussolinis: Dollfuß möge nun doch endlich die in Riccione vereinbarten und versprochenen Schritte setzen. Das hieß, er solle unverzüglich gegen den Marxismus losschlagen. Zurück in Rom schrieb Suvich einen Brief, in dem er den italienischen Forderungen noch einmal Nachdruck verlieh. Dollfuß antwortete am 30. Jänner beschwichtigend, dass das Tempo seiner »positiven Aktivitäten« ohnehin schon eine »sichtbare Beschleunigung« aufweise.³⁰

Im Jänner und Februar »beschleunigte« sich tatsächlich einiges in Österreich. Die Heimwehren preschten mit ultimativen Forderungen vor. Starhemberg verlangte am 11. Jänner, dass bis 15. Februar ein radikaler Wandel geschafft sein müsse. In der Zeitung *Der Heimatschützer* forderte er die »uneingeschränkte Durchsetzung der faschistischen Ideenwelt«, die Befreiung vom Naziterror und die »restlose Niederwerfung des Austrobolschewismus«.

In den Bundesländern machten die Heimwehren Stimmung gegen Landesräte des Landbundes und der Sozialdemokratie, die sich immer noch im Amt befanden. Ebenso gerieten einige demokratisch gesinnte christlichsoziale Landeshauptleute ins Visier. Der niederösterreichische Landeshauptmann Reither ließ daraufhin am 2. Februar 110.000 Bauern in Wien aufmarschieren – vorergründig gegen den NS-Terror, ebenso aber auch als unausgesprochene, aber unmissverständliche Warnung an die Heimwehrbewegung. Am 4. Februar demonstrierte die Tiroler Heimatwehr ihrerseits in Innsbruck ihre Macht und erzwang die Einsetzung eines »parteiunabhängigen Landesausschusses«. Starhemberg hielt wieder einmal eine Brandrede: »Wenn man verspricht, Schluss zu machen mit den Parteien, und andererseits bedeutende Stellen wie die Stadt Wien rot verwaltet werden und wenn diese Bolschewiken noch weiterhin in

den verschiedenen Landesregierungen sitzen – wie soll dann die Bevölkerung an die Erneuerung glauben?«³¹

Die Umstellung des Republikanischen Schutzbundes auf das Weiterbestehen in Form von »Ordnerschaften« war schleppend, unter größten Schwierigkeiten und beträchtlichen Verlusten an Organisationskraft verlaufen. Trotzdem schätzte der Nachrichtendienst des Bundesheeres seine Stärke Ende 1933 auf immerhin 40.000 bis 50.000 Mann. Berichte über die Tätigkeit der Ordner in den Bundesländern erwecken allerdings den Eindruck, dass sich viele Schutzbündler innerlich längst abgewandt hatten und zu illegalen Aktivitäten oder gar zum Kampfeinsatz kaum mehr bereit waren.

Die erfolgreichen Waffensuchaktionen der Sicherheitsbehörden hatten es notwendig gemacht, die Arsenale wieder aufzufüllen. Ab Herbst 1933 begann der Schutzbund damit, Waffen und vor allem Munition nach Österreich zu schmuggeln. Das Geld für die Ankäufe kam von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die Munition auf Donauschleppern von Bratislava nach Wien und bei Drösing im nordöstlichen Weinviertel über die March. Zudem produzierte man Sprengmittel in Eigenerzeugung, so etwa Handgranaten und Sprengpatronen, die von ihrer Wirkung her Ekrasit vergleichbar waren und zur Sprengung von Gebäuden, Brücken, Eisenbahnkörpern, Straßen etc. dienen sollten.³²

Wie sahen die Planungen des Schutzbundes für einen Aufstand aus? Für die einzelnen Bundesländer und Regionen gab es seit Ende der 1920er-Jahre definierte Aktionspläne. Am bedeutendsten war zweifellos jener für Wien. Als Voraussetzung für den Erfolg eines Aufstandes galt die möglichst lückenlose Durchführung des Generalstreiks und die Ausnutzung des Überraschungsmomentes. Zuerst sollte rund 2000 bis 4000 Schutzbündler in die Innere Stadt vorstoßen und die wichtigsten Regierungsgebäude besetzen, Geiseln nehmen und Sprengungen durchführen, um Panik in der Bevölkerung zu erzeugen. Weiters war geplant, Bahnhöfe, Rundfunksender, das Flugfeld Aspern und sonstige wichtige Gebäude zu besetzen, Polizeikommissariate zu stürmen und die Kasernen des Bundesheeres zu zernieren.³³

Von der Polizei wurde ein Papier mit dem Titel »Taktik im Straßenkampf« sichergestellt, das von Mitte 1933 stammen dürfte. Auch hier ist alles auf die Ausnutzung des Überraschungsmomentes ausgerichtet. Voraussetzung des Kampfes sei der »Zustand revolutionärer Gärung« der Massen. Dann müsse es auf Kommando der Parteileitung mit Straßendemonstrationen und dem Generalstreik losgehen, Hand in Hand damit würde die »Bewaffnung des Proletariats« erfolgen. Der zentrale Satz in diesem Aktionsplan lautet: »Nicht Verteidigung, sondern Angriff ist die Lösung.« Manche Details der vorgesehe-

nen Maßnahmen sind von erschreckender Brutalität. So etwa hieß es, gefangen genommene Wachleute seien als Geiseln zu nehmen, gegnerische Offiziere »sofort unschädlich« zu machen, ebenso Hausbewohner, die die gegnerischen Kräfte unterstützt hätten. Der aktive Teil der Bourgeoisie sei zu isolieren, der nicht aktive Teil für Verteidigungsarbeiten heranzuziehen, verhafteten Gegnern der bürgerlichen Parteien gegenüber die »Anwendung des Klassenterrors« zu »verkünden« – was auch immer man sich darunter konkret vorstellen möchte. Am Schluss des Planes wird noch einmal darauf hingewiesen, dass die Kampfhandlungen »auf Plötzlichkeit, Entschlossenheit und Verwegenheit« aufbauen müssten. »Das Hauptgewicht liegt in tollkühnen und plötzlichen Angriffen und nicht in der Verteidigung.«

Am 24. Jänner fand eine hochrangige Führerbesprechung des Wiener Schutzbundes statt. Otto Bauer: Es sei mit der behördlichen Auflösung der Partei und der Besetzung des Rathauses zu rechnen. Man müsse sich zum Kampf bereithalten, eine andere Lösung sei wohl nicht mehr möglich. Stabschef Eifler erläuterte den bereits bekannten Plan zum Aufstand. Dieser müsse mit der Ausrufung des Generalstreiks beginnen, danach habe sich der Schutzbund zu sammeln und zu bewaffnen. Hier gab es allerdings eine entscheidende Änderung gegenüber dem ursprünglichen Plan: Der Schutzbund habe nun zwölf Stunden lang mit dem Losschlagen zuzuwarten, um die Wirkung des Generalstreiks prüfen zu können und vermutlich der Parteiführung noch eine letzte Möglichkeit für Verhandlungen zu bieten. Nach Verstreichen der Frist solle der Schutzbund die Stützpunkte der Exekutive außerhalb der Gürtellinie angreifen und sich dann am Gürtel sammeln, um gegen die Innere Stadt vorzugehen. – Mit der Zwölf-Stunden-Wartefrist wurde freilich jedes Überraschungsmoment preisgegeben, das im ursprünglichen Plan zurecht als essentiell für den Erfolg des Aufstandes angesehen worden war.³⁴

Am selben Tag, dem 24. Jänner, begann die Exekutive über direkten Befehl des Sicherheitsministers Fey systematisch mit Hausdurchsuchungen nach Waffen in Gebäuden der Sozialdemokratischen Partei und von sozialdemokratischen Kommunalverwaltungen. Bei einer großangelegten Suchaktion in Schwechat bei Wien stellte die Polizei eine bedeutende Menge an Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial des Schutzbundes sicher. Auch in anderen Orten der Umgebung und schließlich in Wien selbst wurde die Suche fortgesetzt. Geradezu katastrophal auf die Kampfkraft des Schutzbund sollte es sich auswirken, dass in den nächsten Tagen sukzessive seine wichtigsten Führer verhaftet wurden: Major Eifler, dessen Stellvertreter Hauptmann Löw, Oberleutnant Schuhbauer – der Kommandant der Wiener Gemeindewache, die man als eine Art Eliteeinheit des Schutzbundes

bezeichnen könnte – sowie beinahe alle Bezirks- und Kreisführer, insgesamt rund zweihundert Personen.³⁵

Eine gezielte Provokation war die polizeiliche Durchsuchung des Gebäudes der Parteizentrale und des Vorwärts-Verlages an der Rechten Wienzeile in Wien-Margareten am 8. und 9. Februar. An ebendiesem 9. Februar hielt Leopold Kunschak, der Führer der christlichen Arbeiterbewegung, eine bemerkenswerte Rede, in der er für eine Weggemeinschaft mit der Sozialdemokratie gegen die nationalsozialistische Gefahr eintrat. Zugleich sprach aus seinen Worten bereits eine Ahnung des Kommenden: »Gebe Gott, dass die Zerrissenheit des Geistes und der Seele von unserem Volke und seinen Führern bald sich hebe, ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint.«³⁶

Sonntag, 11. Februar

Richard Bernaschek, Jahrgang 1888, Schlosser und Dreher von Beruf, hatte sich schon vor dem Krieg in der Sozialdemokratischen Partei und der Metallergewerkschaft engagiert. Wie die meisten Führer des Republikanischen Schutzbundes und der Heimwehren gehörte er der Kriegsgeneration an. Er war 1914 eingezogen worden, hatte an verschiedenen Fronten Dienst getan, war 1918 in Kriegsgefangenschaft geraten und Mitte 1919 heimgekehrt. 1923 war er beauftragt worden, den neu gründeten Schutzbund in Oberösterreich aufzubauen – zuerst als Sekretär, dann militärischer Leiter und schließlich Landesleiter. Nach der Auflösung des Schutzbundes 1933 war er ersatzweise in die Position des SDAP-Landesparteisekretärs gewählt worden. Als Angehöriger des linken, radikalen Parteiflügels hatte er beim Parteitag im Oktober 1933 ein befristetes Ultimatum an den Bundespräsidenten gefordert und hinzugefügt: »Hinter meinem Vorschlag steht der eiserne Wille, es darauf ankommen zu lassen. Sollte der Gegner dann wirklich nicht zurückweichen, dann warten wir nicht länger.« Aber die Mehrheit des Parteitages war nicht bereit gewesen, sich diesem Vorschlag anzuschließen.³⁷

Am 5. Februar 1934 schickte Bernaschek einen Situationsbericht an die Parteileitung in Wien. Seine Einschätzung der Lage in Oberösterreich war düster. Versammlungen seien schlecht besucht, vor allem die Jungen blieben weg, für freigewordene Positionen seien kaum noch Funktionäre zu finden, viele würden zu den Kommunisten überlaufen, manche zu den Nationalsozialisten, nicht wenige seien über die jüdische Parteiführung in Wien erbost. »Zum Teil glauben die Genossen nicht an die Kraft, Widerstand leisten zu können, zum Teil haben sie den Glauben an den Ernst des Kampfwillens verloren.« Aller